



Orkan-Verwüstungen in Berlin



Satellitenbild der Sturmfront am 10. Juli 2002

KATASTROPHEN

Neues Warnsystem für Unwetter

Ein Unwetter-Warnsystem nach amerikanischem Vorbild will der TV-Meteorologe Jörg Kachelmann aufbauen. Das Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik entwickelt dafür bereits Programme, mit denen sich Warnungen schnell an Katastrophendienste und Medien übermitteln lassen. Mit der neuen radargestützten Akut-Warnung sollen erstmals einzelne Städte unmittelbar vor dem Eintreffen eines herannahenden Sturms alarmiert werden – wie in den USA längst praktiziert. Kachel-

mann zieht mit seinem Vorhaben die Konsequenz aus einem der schlimmsten Sommergewitter seit Jahrzehnten, bei dem vorige Woche acht Menschen getötet wurden. „Weil den ganzen Tag über nur allgemein vor drohenden Stürmen oder Gewittern gewarnt wurde, nahm das irgendwann niemand mehr ernst“, glaubt der ARD-Wetterexperte. „Doch als im südlichen Sachsen tatsächlich schon die Bäume umstürzten, hätte man den Berlinern konkret sagen können: In zwei Stunden erreicht euch der Orkan, verlasst die Häuser nicht mehr.“ Das neue Alarmsystem soll auch dazu dienen, Autofahrer vor starkem Schneefall oder Bauern vor Hagel zu warnen. Der Beginn des Projekts ist für diesen Herbst geplant.

APOTHEKEN

Internet erlaubt

Versandapotheken dürfen ihre Medikamente nach Auffassung der Monopolkommission der Bundesregierung bereits heute rechtmäßig in Deutschland übers Internet vertreiben. In ihrem Gutachten verweist die Kommission auf die „E-Commerce-Richtlinie“ der EU, der zufolge für den Internet-Handel die Vorschriften jenes Landes gelten, in dem der jeweilige Anbieter der Ware

sitzt. Da die größte Versandapotheke für den deutschen Markt, DocMorris, von den Niederlanden aus arbeitet, wo das Verschicken von Medikamenten nicht verboten ist, sieht die Kommission keine juristischen Hindernisse. Die bisher in Deutschland ergangenen gegenteiligen Gerichtsurteile beruhen aus Sicht der Kommission auf „fehlerhafter Rechtsanwendung“. Die Wissenschaftler, die die Bundesregierung in Wettbewerbsfragen beraten, halten aus „ökonomischer Sicht eine Öffnung des Arzneimittelmarktes für wünschenswert“.

UMWELT

Verdächtige Müllmakler

Der Skandal um die mutmaßliche Entsorgung von Tausenden Tonnen Giftmüll auf den Feldern eines bayerischen Bauern weitet sich aus. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft Ansbach auch gegen zwei führende Mitarbeiter der Firmengruppe Jakobi im hessischen Lorsch. Das Unternehmen, so der Vorwurf, habe bei der Vermittlung und dem Transport der Abfälle eine zentrale Rolle gespielt. Durch eine Kette von Pannen in der bayerischen Umweltbürokratie hatte sich Landwirt Peter K. aus Neuendettelsau jahrelang als Sondermüll-Entsorger betätigen können (SPIEGEL 26/2002): In Tanklastzügen habe der Bauer angeblich auch toxische Substanzen wie das Kontaktgift Anilin auf seinen Hof liefern lassen, um sie in einer Biogas-anlage zu verwerten. In Wahrheit dürfte ein Großteil der Giftbrühe auf Äckern gelandet sein. An die Entsorgungsaufträge soll der Bauer meist durch Vermittlung der hessischen Müllmakler gekommen sein – nach Angaben K.s habe ihm ein Jakobi-Mitarbeiter beim Abwickeln der Verwaltungsmodalitäten geholfen. Die Firma äußerte sich bis vorigen Freitag nicht zu den Vorwürfen.

Nachgefragt

Ruf nach dem Staat

„Sollten Politiker versuchen, angeschlagene Großkonzerne wie Holzmann oder Babcock-Borsig mit Steuergeldern vor der Schließung zu bewahren, um Arbeitsplätze zu sichern?“

